

Protokoll
**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanz-, Personal-,
Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses**

Sitzungstermin: Dienstag, den 20.09.2022

Sitzungsbeginn: 17:02 Uhr

Sitzungsende: 18:58 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Bodo Bargmann

stv. Vorsitzender

Herr Bastian Wehmeyer

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker

Frau Erika Biermann

Herr Arnold Gossel

Frau Antje Harms

Frau Almut Kahmann

Frau Gerda Küsel

Frau Dore Löschen

Herr Richard Rokicki

Herr Volker Rudolph

Herr Peter Specken

Vertretung für Herrn Harald Bathmann

Vertretung für Herrn Hermann Ihnen

Vertretung für Frau Klara Jéhn-de Witt (ab
17.35 Uhr zu TOP 11.1)

Beratende Mitglieder

Herr Gerhard Wulff

vom Rat

Herr Reinhard Warmulla

von der Verwaltung

Frau Birgit Ehring-Timm

Herr Horst Feddermann

Herr Uwe Goemann

Frau Manuela Ideus

Herr Menno Keller

Herr Helmut Lücht

Protokollführung

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Herr Harald Bathmann
Herr Hermann Ihnen
Frau Klara Jéhn-de Witt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Bargmann eröffnet die Sitzung um 17.02 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung der Protokolle (öffentlicher Teil) vom 23.05.2022 und 30.06.2022

Frau Altmann erkundigt sich, ob die Verwaltung bereits eine Überprüfung vorgenommen habe, wie der Parkplatz (hinter Zoo Meyer) am Georgswall in die Parkraumbewirtschaftung einbezogen werden könne.

Herr Lücht teilt mit, dass die Bearbeitung weit fortgeschritten sei und im Oktober eine Umsetzung erfolgen würde.

Zudem erkundigt sich Frau Altmann, nach dem Sachstand des Personalentwicklungskonzeptes.

Herr Feddermann teilt mit, dass das Konzept bei Frau Rothe im Arbeitsablauf sei.

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 23.05.2022 wird bei 4 Enthaltungen genehmigt.

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 30.06.2022 wird ebenfalls bei 4 Enthaltungen genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bargmann teilt mit, dass TOP 12 (Besetzung der Zeitbeamtenstelle für den/die allgemeine/n Vertreter/in des Bürgermeisters zum 01.07.2023; hier: Verzicht auf die Ausschreibung und Wahl der Fachbereichsleiterin Frau Laura Rothe zur Ersten Stadträtin) am kommenden Montag, den 26.09.2022, behandelt werden solle.

Zudem wird im nicht öffentlichen Teil der Sitzung der TOP 20 ersatzlos von der Tagesordnung genommen.

Frau Altmann kritisiert, dass die Anfrage ihrer Fraktion zur Haushaltskonsolidierung nicht als eigener TOP behandelt werde, sondern am Ende der öffentlichen Sitzung unter dem TOP „Anfragen an die Verwaltung“ platziert worden sei. Dies werde der Bedeutung nicht gerecht. Daher wurde für die kommende Ratssitzung ein Antrag nach § 16 GO fristgerecht eingebracht.

Somit wird die Tagesordnung mit 1 Nein-Stimme und 11 Ja-Stimmen festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen geäußert.

TOP 6 Kenntnisgaben der Verwaltung

Es liegen keine Kenntnisgaben seitens der Verwaltung vor.

TOP 7 Bekanntgabe der Aufnahme von zwei Kommunaldarlehen in Höhe von insgesamt 6.500.000,- Euro aus der Kreditermächtigung 2020
Vorlage: 22/131

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Verkauf einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet Schirum IV B
Vorlage: 22/128

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert die in den anliegenden Lageplänen rot umrandet dargestellte, innerhalb des Gewerbegebietes Schirum IV belegene Gewerbefläche zur Größe von ca. 2.400 m² aus dem Flurstück 19/2 der Flur 2 der Gemarkung Schirum.
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis beträgt 35,00 €/m², mithin für die angenommene Grundstücksgröße ca. 84.000,00 Euro.
4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

1 Nein-Stimme, 11 Ja-Stimmen

TOP 9 Verkauf eines Gewerbegrundstücks im Gewerbegebiet Schirum IV B
Vorlage: 22/133

Empfehlungsbeschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert die in dem anliegenden Lageplan rot umrandet dargestellte, innerhalb des Gewerbegebietes Schirum IV belegene Gewerbefläche zur Größe von ca. 4.085 m².

Es handelt sich hierbei um eine noch zu vermessende unbebaute Teilfläche aus den Flurstücken 19/2, 90 und 18/7 jeweils der Flur 2 der Gemarkung Schirum.

2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis beträgt 30,00 €/m², mithin für die angenommene Grundstücksgröße ca. 122.550,00 Euro.

4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

1 Nein-Stimme, 11 Ja-Stimmen

TOP 10 Verkauf eines städtischen Gebäudes
Vorlage: 22/143

Empfehlungsbeschluss:

5. Die Stadt Aurich veräußert das Flurstück 49/46 der Flur 7 der Gemarkung Aurich zur Größe von 405 m².
6. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
7. Der Kaufpreis beträgt 243.650,00 €.
8. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

1 Nein-Stimme, 11 Ja-Stimmen

Herr Wulff steht der Veräußerung von Wohneigentum grundsätzlich skeptisch gegenüber. Den Kaufpreis hält er bei der Lage zudem für zu gering. Herr Feddermann entgegnet, dass das Haus in keinem guten Zustand sei.

TOP 11 Straßenausbaubeitragssatzung

TOP 11.1 Straßenausbaubeiträge nach der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Aurich
Vorlage: 22/010

Der Leiter der Bauverwaltung (FD 24), Herr Keller, stellt die Informationsvorlage dem Ausschuss sehr ausführlich vor. Herr Keller hat die zuvor gestellten Anträge der Fraktionen (Die Linke, FDP und Gruppe SPD/ GAP) zur Abschaffung bzw. Außerkraftsetzung der Straßenausbaubeiträge in der Informationsvorlage zur Verdeutlichung/ Gegenüberstellung mit eingearbeitet, um eine zusammenfassende Betrachtung und Bewertung/ Empfehlung aus Sicht der Verwaltung zu verdeutlichen.

In der folgenden Aussprache wird das Für und Wider zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen konstruktiv und rege diskutiert.

Herr Feddermann bedankt sich für die ausführliche und sehr informative Informationsvorlage. Er erläutert, dass er in zahlreichen Fortbildungen zu in diesem Thema, nicht so umfassend informiert worden sei, wie durch diese Vorstellung von Herrn Keller.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 20.09.2022

Herr Gossel erklärt, im Schnitt wurde in den letzten 10 Jahre ca. 250.000,- € jährlich an Straßenausbaueinnahmen eingenommen. Er erfragt, wie hoch die durchschnittliche Summe sei, die von den Anliegern angefordert werde. Herr Keller erklärt, diese könne bei 100,- € anfangen und bei 50.000,- € aufhören. Als Durchschnittswerte könne man aber von 3.000,- € bis 5.000,- € ausgehen. Dies sei abhängig von der jeweiligen durchgeführten Maßnahme, ob es sich hierbei um eine Anliegerstraße oder nur um eine Oberflächenentwässerung handele.

Frau Biermann lobt die Vorstellung der Informationsvorlage durch die Verwaltung. Zur weiteren Vorgehensweise schlägt Sie vor, die Thematik in den einzelnen Fraktionen beraten zu lassen.

Frau Küsel erkundigt sich nach der Einordnung von Straßen. Denn die Diskussionen fingen oftmals mit der Einstufung als Anliegerstraße oder einer Durchgangsstraße an. Herr Keller erläutert die Einordnung und erklärt, es erfolge jeweils eine Einzelfallprüfung der Straße.

Herr Bakker erkundigt sich nach der Anzahl der Projekte, die dort aufgeführt seien. Zudem erfragt er, wie die Entwicklung der Personalkosten zu beurteilen sei? Herr Keller erklärt, die Halbtagsstelle basiere auf den Werten, die ab 2022 ermittelt worden sind. Man rechne nicht mit steigenden Kosten. Bei einer Einführung von wiederkehrenden Beiträgen sei mit erhöhten Kosten zu rechnen.

Zudem erkundigt sich Herr Bakker, ob es Fälle gegeben hätte, in denen auf die Eintreibung verzichtet worden sei? Herr Keller erklärt, er habe ab 2020 den Fachdienst 24 übernommen, die Fälle, die in der Zeit vorher bearbeitet worden seien, habe er ungeprüft übernommen.

Herr Wulff zeigt sich erfreut, dass die Abschaffung der Satzung fraktionsübergreifend beantragt wurde. Die Satzung, sei in seinen Augen ungerecht und unsozial. Wenn man bedenke, dass oftmals der Durchgangsverkehr die Straßen kaputtfähre. Er fordere, zusätzliche Fördergelder durch den Bund zu akquirieren. Zudem plädiere er für eine Erhöhung der Grundsteuer. Die jährliche Mehrbelastung in Höhe von 11,29 € wäre bei einem Durchschnitt der letzten Jahre 225.000 Euro verhältnismäßig gering und wäre gerechter.

Herr Feddermann erklärt, dass Förderanträge bereits beantragt werden. Die Grundsteuer sei ein allgemeines Finanzierungsmittel und könne für Straßenausbaubeiträge nicht zweckgebunden werden. Auf eine Erhebung der Straßenausbaubeiträge könne nicht verzichtet werden.

Herr Bargmann erklärt, dies müsse bei den Haushaltsberatungen 2023 diskutiert werden.

Frau Altmann empfindet die Satzung als sozial ungerecht. Ein negatives Beispiel sei die „Sandhorster Allee“. Straßenausbaubeiträge würden zu Existenzängsten führen. Aus ihrer Sicht seien die Ausbaubeiträge nicht verursachergerecht. Wenn Straßen gesperrt seien, würden Umwege gefahren. Die Baumaßnahme der „Fockenbollwerkstraße“ sei aktuell ein Beispiel dafür. Ein weiteres Problem sei die Trennung von Unterhaltung und ausbaubeitragspflichtigem Neubau. Es gibt Bundesländer, in denen keine Ausbaubeiträge erhoben werden. Die Ausbaubeiträge sind vom Ergebnis überschaubar. Der Bund der Steuerzahler kommt auch zum Schluss, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen. Die Novellierung des NKAG brachte nicht die gewünschte Erleichterung. Eine Gegenfinanzierung über die Grundsteuer wäre möglich zur Kompensation der Straßenausbaubeiträge. Kleinere Städte hätten dabei größere Schwierigkeiten. Insgesamt stehe sie der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge positiv gegenüber.

Herr Gossel macht deutlich, dass eine Erhöhung der Grundsteuer auch die Anlieger klassifizierter Straßen (Bundes-, Land- und Kreisstraßen) betreffen würde. Dies sei rechtlich zwar nicht bedeutend, wäre aber gegenüber diesem Personenkreis ein deutlicher Nachteil.

Herr Rokicki erklärt, dass Straßenausbaubeiträge in seinen Augen ungerecht seien. Eine Erhebung der Grundsteuer wäre für ihn eine gerechte Gegenfinanzierung. Zudem erhebe die Mehrheit der Kommunen in Niedersachsen keine Straßenausbaubeiträge.

Herr Feddermann macht deutlich, dass die Verwaltung auf Einnahmequellen, wie z.B. von Straßenausbaubeiträgen grundsätzlich nicht verzichten könne und eine Erhöhung der Grundsteuer als Ausgleichsfinanzierung nicht gerechter sei. Bei der Verschuldung der Kommunen in Niedersachsen stehe die Stadt Aurich ganz weit oben und dies sei nicht hinnehmbar.

Abschließend erklärt Herr Bargmann, dass die Ausführungen dieser Informationsvorlage insbesondere im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen in den jeweiligen Fraktionen beraten werden müsse. Die gestellten Anträge (TOP 11.2 bis TOP 11.4) werden daher vorerst zurückgestellt.

TOP 11.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE, hier: Straßenausbaubeiträge/Prioritätenliste Sanierung städtische Straßen
Vorlage: ANTRAG 21/028

Dieser Antrag wird zurückgestellt, da eine weitere Beratung in der Fraktion erfolgt.

TOP 11.3 Antrag der Fraktion FDP, hier: Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung in der Stadt Aurich
Vorlage: ANTRAG 21/029

Dieser Antrag wird zurückgestellt, da eine weitere Beratung in der Fraktion erfolgt.

TOP 11.4 Antrag der Gruppe SPD/GAP, hier: Außerkraftsetzung der Straßenausbaubeitragssatzung und Erlass einer umlagefinanzierten Satzung
Vorlage: ANTRAG 22/018

Dieser Antrag wird zurückgestellt, da eine weitere Beratung in der Fraktion erfolgt.

TOP 12 Besetzung der Zeitbeamtenstelle für den/die allgemeine/n Vertreter/in des Bürgermeisters zum 01.07.2023; hier: Verzicht auf die Ausschreibung und Wahl der Fachbereichsleiterin Frau Laura Rothe zur Ersten Stadträtin
Vorlage: 22/156

Wie eingangs unter TOP 4 festgehalten, wird der Tagesordnungspunkt nicht in der heutigen Sitzung behandelt, sondern der gesonderten Finanzausschusssitzung am Montag, den 26.09.2022.

TOP 13 Anfragen an die Verwaltung

TOP 13.1 Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hier: Haushaltskonsolidierung Stadt Aurich

Frau Altmann stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vor.

Protokoll über die Sitzung des Finanz-, Personal-, Rechnungsprüfungs-, Feuerwehr- und Beteiligungsausschusses vom 20.09.2022

Herr Bargmann macht abschließend den Vorschlag, die Fragen in der Ausführlichkeit durch den Bürgermeister schriftlich zu erfolgen habe oder im Rat dazu Stellung beziehen solle.

Der Vorschlag von Herr Bargmann findet die allgemeine Zustimmung.

TOP 14 Einwohnerfragestunde

Es werden weiterhin keine Fragen geäußert.

TOP 15 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Bargmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.37 Uhr.